

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verständnis:
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelshölder'schen
Buchdruckerei

Die Länderansprüche an das Reich

Die Befriedigung der Länderforderungen neben den Reparationen unmöglich

11. Berlin, 29. Jan. Die Konferenz der Länderfinanzminister beim Reichsfinanzminister wegen der Entschädigungsansprüche der Länder aus Post-, Eisenbahn- und Kriegsschäden, fand ihren Abschluss mit einer informativischen Besprechung, die die Finanzminister der größeren Länder mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister hatten.

Wie das Nachrichtenbüro des S.D.J. hierzu noch meldet, kann als Ergebnis der Konferenz, die im übrigen wegen der schwierigen Materie vertraulich war, festgestellt werden, daß die Länderansprüche insgesamt so hohe Milliardenbeträge umfassen, daß von einer Abfindung durch das Reich neben den Reparationsverpflichtungen gar keine Rede sein kann. Unter Berücksichtigung der Finanzlage des Reiches muß eine auch unter politischen Gesichtspunkten tragbare Lösung gefunden werden, die auf die finanzielle Existenz des Reiches, insbesondere das Staatsdefizit, Rücksicht nimmt. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß eine Entschädigungsmaßnahme auf dem Wege über den Finanzausgleich gefunden wird.

Die gespannte Finanzlage der Reichsbahn

Weitere Ansprache zwischen Reichstagsabgeordneten und der Hauptverwaltung der Reichsbahn.

11. Berlin, 29. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: In den letzten Tagen fanden unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers u. Guérard ernante Ansprachen zwischen Reichstagsabgeordneten und der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft unter ihrem Generaldirektor Dr. Dörpmüller über die Untersuchungsergebnisse des Arbeitsausschusses zur Prüfung der Betriebssicherheit der Deutschen Reichsbahn statt. Die Besprechung führte in allen wesentlichen Punkten zu einem Ergebnis.

Besonders wurde die in jeder Beziehung stark gespannte Finanzlage der Reichsbahn betont. Es wurde festgestellt, daß der Mangel an Kapitalmitteln der Reichsbahn die Ausführung dringlicher Bauten und teilweise die Fortentwicklung ihrer technischen Anlagen unendlich gemacht hat. Die Beseitigung dieser mißlichen Lage insbesondere der Schwierigkeiten in der Beschaffung des notwendigen Kapitals wurde im Interesse der Stärkung und Erhaltung der Deutschen Reichsbahn als die dringendste Aufgabe der nächsten Zeit bezeichnet.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Der Inhalt des neuen Schlichtungsabkommens.

11. Berlin, 29. Jan. Das am 25. Januar in Moskau unterzeichnete Abkommen über ein Schlichtungsverfahren zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken wird nunmehr amtlich im Wortlaut bekanntgegeben. Das Abkommen sieht vor, daß Streitigkeiten jeder Art, insbesondere Meinungsverschiedenheiten, die bei der Auslegung der zwischen den beiden vertragschließenden Teilen bestehenden zweiseitigen Verträge und der zu ihrer Erläuterung und Ausführung ergangenen oder ergehenden Vereinbarungen entstehen, falls ihre Regelung auf diplomatischem Wege auf Schwierigkeiten stößt, gemäß den Bestimmungen des Abkommens einem Schlichtungsverfahren unterworfen werden sollen.

Zu diesem Zwecke soll mindestens jährlich einmal eine Schlichtungskommission gebildet werden, die jeweils etwa um die Mitte des Jahres zu einer ordentlichen Tagung zusammentreten soll. Der Schlichtungskommission sollen die Leiter der Staaten mitgeteilt werden, die beide Teile erörtern zu lassen wünschen. Die Schlichtungskommission hat die Aufgabe, den beiden Regierungen eine gerechte und für beide Teile befriedigende Lösung der ihr vorgelegten Fragen vorzuschlagen. Erforderlichenfalls sind außerordentliche Tagungen der Schlichtungskommission vorgesehen. Das Abkommen ist für drei Jahre abgeschlossen.

Die Notlage der Landwirtschaft

Von der 9. Reichslandbundtagung in Berlin

11. Berlin, 29. Jan. Der 9. Reichslandbundtag wurde Montag mittag durch Versammlungen im großen Schauspielhaus und Hirtens Bush eröffnet. Im Schauspielhaus wandte sich Minister Schiele nach der Begrüßung der Bundesmitglieder der Lage der Landwirtschaft zu. Er erklärte, heute habe die Landwirtschaft über 8 Milliarden neu aufgenommene Schulden, ebensowohl wie die jährliche Produktion für den Markt ausmache. In den Zeiten der guten Ernte seien die größten Schuldenablagerungen zu verzeichnen. Infolge Sinkens der Preise sei ein Mehrverlust von 140 Millionen Mark allein bei Getreide und Kartoffeln zu erwarten. Schärfster Protest müsse den neuen Steuerplänen entgegengekehrt werden.

Die Last der Landwirtschaft betrage gegenwärtig etwa 1100 Millionen Mark. Die Konsolidierung der bestehenden Schuldverhältnisse sei die dringendste Forderung. Methoden und Tempo der Umschuldungsaktion müßten dem Notstande angepaßt werden. Die kurzfristigen durch ihren hohen Zinsfuß und die jederzeitige Fälligkeit besonders drückender öffentlichen und halböffentlichen Kredite müßten unter Zuhilfenahme einer staatlichen Garantie in wirksamer Fortführung und im Aufbau des Notprogramms in langfristige Abzahlungskredite umgewandelt werden. Selbst von einer sofort durchgeführten Umschuldungsaktion dürfe man sich nicht eine beschleunigte Wirkung für die Besserung der Rentabilitätsberechnung versprechen. Die Möglichkeit zu einer schnellen und wirksamen Hilfe lage nur bei der Beeinflussung des Marktes, bei der Handels- und Zollpolitik und bei der Absatzregulierung. Erstes Erfordernis sei die Drosselung der überflüssigen Lebensmittelimporte. Politische Preise für unsere Produkte müßten abgelehnt werden.

Sodann ging Schiele auf die Grenzen der Selbsthilfe ein. Er warnte, die Agrarfrage, die politisch gelöst werden müsse, nur berufsbündlich zu betrachten. Zur allgemeinen Wirtschaftslage übergehend kritisierte der Redner den Reparationsbericht, in dem Parter Gilbert von der Bitte der deutschen Wirtschaft und von einem Zustande zunehmender Kapitalbildung gesprochen habe. Wörtlich sagte der Redner: „In die angesprochene Notlage von über 14 Millionen in der Landwirtschaft tätigen Personen, ist das Anwachsen der

Arbeitslosigkeit, die schon heute 2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, im ganzen 4 Millionen Menschen umfaßt, das Kennzeichen einer Blüte?“. Gegenüber der Behauptung zunehmender Kapitalbildung verwies der Redner auf den offensichtlichen Kapitalmangel der Unternehmungen, insbesondere in der Landwirtschaft, sowie auf den Zustand fortschreitender Auslandsverschuldung und Ueberfremdung.

Demgegenüber gab Schiele ein kurzes Bild von der wirklichen Lage Deutschlands. Die gesamten Einnahmen der Volkswirtschaft reichten nicht mehr aus, um die importierten Rohstoffe zu bezahlen. Unsere Gegner seien fester denn je zusammengeschlossen unter Polcarses Führung. „Im vollen Bewußtsein meiner Worte“, fuhr Schiele fort, „spreche ich aus, Deutschland hat seit zehn Jahren von der Substanz gelebt. In den jetzt eingeleiteten Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes müssen wir die dringende Erwartung aussprechen, daß das Sachverständigenurteil nicht ohne mitentscheidenden Einfluß der Landwirtschaft zustandekommt. Vom Standpunkt des Rechts, der Moral aus betrachtet, besteht heute, wo die Lage von der Schuld Deutschlands am Weltkriege offenbar geworden ist, die deutsche Reparationspflicht überhaupt nicht mehr. Materiell haben wir bereits über unsere Kräfte erfüllt und unser halbes Volksvermögen geopfert. Die jetzt anzustellende Prüfung unserer Leistungsfähigkeit muß von der These des Rechts auf Leben ausgehen. Wir brauchen ein großes schöpferisches Programm, das die Befundung aus eigener Kraft zum Ziele hat und den freien Raum für die Arbeit und die Entfaltung aller Volksgenossen sichert. Wir brauchen das große Disprogramm, das Programm des Reiches der Arbeit nach dem Osten. Das ist keine rein agrarische Angelegenheit, keine Sache des Ostens allein, das ist die Lebens- und Schicksalsfrage für das ganze deutsche Volk. Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen handelt es sich nicht lediglich um einen wirtschaftlichen Konkurrenzstreit; es ist ein Kampf um unsere Grenzmarken.

Entscheidungen der Vertreterversammlung des Reichslandbundes.

Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes hat folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Zur Lage der Landwirtschaft: Dringende Verzweiflung ruft auf dem deutschen Bauerntum. Wieder ist ein Jahr vergangen, ohne entscheidende Hilfe zu bringen. Die Schu-

Tages-Spiegel

In einer Besprechung der Länderfinanzminister mit dem Reichskanzler ergab sich, daß die Länderansprüche an das Reich Milliarden betragen, die neben den Reparationsverpflichtungen untragbar seien.

Auf der 9. Tagung des Reichslandbundes in Berlin hielt Minister a. D. Schiele ein Referat über die Lage der deutschen Landwirtschaft; es wurde ein sachliches Arbeitsprogramm zur Beseitigung der Not aufgestellt.

Gegen den Plan Englands, das Mandatgebiet Deutsch-Ostafrika zu annektieren, wird die Reichsregierung beim Völkerbund Einspruch erheben.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich nach Paris begeben, um mit den französischen Reparationsfachverständigen Fühlung zu nehmen.

Der französische Kriegsminister Painlevé sprach sich ohne Vorbehalt zu Gunsten des Kanalunneubaus zwischen Frankreich und England aus.

Aman Allah ist in Kandahar erneut zum König von Afghanistan ausgerufen worden. Die Herrschaft Habib Allah ist erschüttert.

den Last der Landwirtschaft ist wieder um etwa 1 Milliarde gestiegen. Die unmittelbare Belastung der Landwirtschaft beträgt gegenwärtig an Steuern über 800 Millionen Mark, an Soziallasten (1927) rund 350 Millionen Mark, an Zinsen 1100-1200 Millionen Mark, zusammen also 2250 bis 2350 Millionen Mark. Die Landwirtschaft leidet insgesamt bei ihrem Betriebe jährlich 1500-1600 Millionen Mark zu. Es gilt die Einnahmeseite des landwirtschaftlichen Betriebes schnell und durchgreifend zu heben. Rasche Wirkung ist nur durch zielbewusste ineinandergreifende Maßnahmen der Handels- und Grenzpolitik und der Absatzregulierung zu erreichen.

2. Zu den neuen Steuererlassen: Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes betont erneut die Notwendigkeit der Anpassung der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft an die Leistungsfähigkeit. Nicht Steuererhöhung sondern Steuererleichterung ist das Ziel einer gefunden, der Lage der Landwirtschaft gerecht werdenden Steuerpolitik.

3. Zum Bericht des Reparationsagenten: Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes stellt fest, daß der neueste Bericht des Reparationsagenten den tatsächlichen Lebensverhältnissen des Deutschen Volkes keinesfalls gerecht wird. Allgemein ist festzustellen, daß die Leistungen auf Grund des Dawesplanes nicht aus Exportüberschüssen Deutschlands, sondern nur durch Auslandskredite und aus der Substanz ermöglicht wurden. Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes gibt einmütig der Ansicht Ausdruck, daß auf Grund der bisherigen Gesamtleistungen Deutschlands, wie auch angesichts seiner Leistungsfähigkeit, eine weitere Zahlungsverpflichtung für uns nicht mehr besteht.

Englands Kolonialpläne in Ostafrika

Berlin, 29. Jan. Die englische Regierung hat schon seit langem das Bestreben, den Anteil an den deutschen Kolonien, den sie sich zur Abrundung ihres eigenen afrikanischen Besitzes in Versailles zu sichern wußte, endgültig sich anzugewöhnen. Dem steht allerdings im Wege, daß die einzelnen Staaten nicht Eigentümer der deutschen Kolonien, sondern nur Verwalter des Völkerbundes geworden sind, daß sie also nicht die Möglichkeit haben, nach Belieben darüber zu verfügen.

England scheint nun aber der Meinung zu sein, daß seit dem Friedensvertrag hinreichend Gras gewachsen ist, um den Tatbestand vergessen zu lassen. Es hat schon vor einem Jahr eine Kommission nach Ostafrika entsandt, die angeblich die Verhältnisse studieren sollte und aus der auch ziemlich deutlich hervorgeht, daß England die Vereinigung Deutsch-Ostafrikas mit den umliegenden englischen Kolonien zu einem gemeinsamen Oberkommissariat anstrebt.

Zu den Plänen der britischen Regierung, das Mandatsgebiet von Tanganyika mit anderen englischen Gebieten zusammenzuschweißen und so eine faste Anexion des ehemaligen Deutsch-Ostafrika vorzubereiten, wird an Berliner ausländischer Stelle darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung auf Grund des Versailleser Vertrages auf dem Mandatsrecht bestehen bleiben werde. Die Reichsregierung werde sich mit dem Völkerbund in Verbindung setzen und darauf dringen, daß der im Versailleser Vertrag niedergelegte Status quo unverändert bleibt und daß eine Veränderung nicht ohne die Zustimmung des Völkerbundes vorgenommen werden darf.

Richtlinien der deutschen Außenpolitik 1888/1914

Eine Erklärung des ehem. Kaisers

Der ehemalige deutsche Kaiser gab einem Vertreter der „United Press“ folgende Erklärung über die Richtlinien der deutschen Außenpolitik 1888—1914:

„Das außenpolitische Programm meiner Regierungszeit ist sich stets gleichgeblieben. Die großen Linien dieses Programms sind bereits in meiner ersten Thronrede im Jahre 1888 enthalten: In der auswärtigen Politik bin ich entschlossen, Frieden zu halten mit jedermann, soweit an mir liegt. Meine Liebe zum deutschen Heere und meine Stellung zu demselben werden mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die

Wohltaten des Friedens

zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgebrungene Notwendigkeit ist. Unser Heer soll uns den Frieden sichern und, wenn er uns dennoch gebrochen wird, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkrämpfen. Das wird es, mit Gottes Hilfe, vermögen nach der Stärke, die es durch das von Ihnen einstimmig beschlossene jüngste Wehrgesetz erhalten hat. Diese Stärke zu Angriffskriegen zu benutzen, liegt meinem Herzen fern.

Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhms, noch irgendwelcher Eroberungen, nachdem es sich die Berechtigung, als eine und unabhängige Nation zu bestehen, endgültig erkämpft hat.“

Diesen Grundgedanken ist meine Regierung 26 Jahre hindurch treu geblieben; es ist ihr gelungen, die Friedenspolitik meines Großvaters und meines Vaters fortzusetzen und damit Europa seit 1871 nicht weniger als 43 Friedensjahre zu schenken. Niemals vorher hat Europa einen gleichen Zeitraum ohne kriegerische Ereignisse erlebt. Die Rüstung, die wir — im Herzen des Kontinents gelegen, ohne den Schutz natürlicher Grenzen — uns geben mußten, ist niemals über das Notwendige hinausgegangen. Die Kriegsstärken betragen im Sommer 1914 für Deutschland 2 147 000, für Oesterreich-Ungarn 1 400 000, zusammen also 3 547 000 Mann. Mit der Bundeshilfe Italiens hat der deutsche Generalstab nicht mehr gerechnet. — Demgegenüber beliefen sich die Kriegsstärken unserer voraussichtlichen Gegner auf insgesamt 5 379 000 Mann, nämlich Rußland 2 712 000, Frankreich 2 150 000, England 132 000, Serbien 285 000, Belgien 100 000. Es standen also 3 547 000 auf unserer Seite und 5 379 000 auf Seiten der Alliierten. Zur See standen sich Flotten von 3 284 000 Tonnen Wasserverdrängung bei den Alliierten und von 1 268 000 Tonnen bei den Mittelmächten gegenüber.

Das Verhältnis der Friedensstärken zur Bevölkerungszahl

betrug in Frankreich 2 Proz., in Deutschland 1,17 Proz. und in Oesterreich-Ungarn 0,94 Proz. Frankreich stellte 78 bis 82 Proz. seiner Wehrpflichtigen ein, Deutschland (bis 1913) nur 50—55 Proz.; Frankreich gab 24,20 Mk. jährlich pro Kopf der Bevölkerung für Heereszwecke aus, Deutschland nur 16,38 Mk. Diese Ziffern dürften hinreichend beweisen, daß von einem Militarismus auf deutscher Seite nicht die Rede sein konnte.

Die deutsche Regierung hat sich auch niemals verleben lassen, Gelegenheiten, die ihr die günstigsten Aussichten boten, zum Krieg gegen Rußland oder Frankreich auszunützen. Nicht 1898, als Frankreich von England die Demütigung von Fachoda hinnehmen mußte, nicht 1899—1902, als England während des Burenkrieges Frankreich sich selbst hätte überlassen müssen, nicht 1905 während der ersten Marokko-Krise, als Rußland im fernem Osten und in den Wirren der Revolution blutete. Sie nutzte nicht die Bosnische Krise 1908—09, als Rußland noch nicht erholt, die Balkanstaaten noch nicht ermarkt waren, Frankreich noch nicht daran dachte, dem russischen Verbündeten für die Ansprüche Serbiens Gefolgschaft zu leisten, auch nicht die zweite Marokko-Krise 1911 und nicht die Balkankriege 1912 und 1913, als die militärische Lage für die Mittelmächte noch bei weitem

günstiger war als 1914. Deutschland hat planmäßig Friedenspolitik betrieben.

Die deutsche Politik hat dementsprechend auch keine Ziele verfolgt, die nur durch Krieg zu erreichen waren.

Daß es bei den Alliierten anders war, ist heute erwiefen durch die Veröffentlichung von geheimen Beschlüssen der Vorkriegszeit, von Geheimverträgen und vertraulichen Korrespondenzen der beteiligten Staatsmänner aus der Zeit des Weltkrieges und nicht zuletzt durch die Art und Weise, wie die sogenannten „Friedens“-Verträge geschlossen wurden. Vor allem die Veröffentlichungen aus den russischen Archiven haben den machtpolitischen und imperialistischen Charakter der Ziele, die die Alliierten verfolgten, dokumentarisch belegt. Wir wissen durch sie auch von der Tatsache, daß bereits im Jahre 1913 in Petersburg Verhandlungen zwischen russischen und französischen Staatsmännern stattgefunden haben, um das Fell des deutschen Bären zu verteilen. Man wird vergeblich nach Dokumenten suchen, die in gleicher Weise Kriegsziele Deutschlands belegen.

Deutschland hat schließlich keine Bündnisse geschlossen, die offensiven Charakter trugen;

Bismarcks sein angelegtes und sorgsam durchdachtes Bündnisystem galt, wie heute von der Geschichtsforschung mehr und mehr anerkannt wird, der Erhaltung des Friedens. In diesen Bahnen ist meine Regierung fortgeschritten. Wäre der von mir mit dem Zaren 1905 in Björkö abgeschlossen Vertrag Wirklichkeit geworden, so wäre der Zweibund Frankreich-Rußland mit dem Dreibund Deutschland-Oesterreich-Ungarn-Italien zu einem Festlandsbunde zusammengeschlossen worden, der eine sichere Bürgschaft für einen dauernden Frieden bedeutet hätte, als Grundlage für einen wahren Völkerbund. Den Alliierten aber gelang es in dieser Zeit, um die Mittelmächte einen eisernen Ring von Militärs- und Marinekonventionen zu schmieden, die nur auf dem Papier Defensiv-Bündnisse waren. Deutschland war aber mit seinem einzigen zuverlässigen Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, durch eine Militärkonvention verbunden.

Die gleichen Friedensgrundzüge verfolgte die deutsche Regierung noch zuletzt in der Juli-Krise 1914.

Alle unsere Bemühungen — unter denen ich auch meinen Vorschlag eines „Pakt in Belgrad“, meine persönliche Einwirkung auf den Zaren und den König von England, sowie meine warnenden Vorstellungen bei dem Kaiser von Oesterreich erwähnen darf — wurden jedoch durch die russische Gesamtmobilmachung vereitelt, die am Abend des 30. Juli 111 Divisionen mobil machte. Oesterreich hat erst 18 Stunden nach der russischen seinerseits die Gesamtmobilmachung angeordnet, und in Deutschland ist fast um die gleiche Stunde — beinahe 19 Stunden nach der russischen Gesamtmobilmachung infolge der Meldung von der russischen Mobilisierung erst der „Zustand drohender Kriegsgefahr“ — also noch nicht die Mobilmachung — befohlen worden. Da durch die militärischen Abmachungen zwischen Rußland und Frankreich der Weltkrieg nach der russischen Gesamtmobilmachung unabwendbar geworden war, geschah alles andere zwanngsläufig. Die Entscheidung für den Krieg war unwillkürlich auf der Seite der Entente gefallen.

In Versailles ist die Anklage erhoben worden, daß Deutschland den Weltkrieg seit Jahrzehnten planmäßig vorbereitet und 1914 vorsätzlich entfesselt hätte.

Mit großer Genugtuung kann ich heute feststellen, daß diese Behauptung immer mehr an Anhängern verliert. Die Dokumente, die inzwischen veröffentlicht worden sind, haben der Welt — soweit sie die Wahrheit anerkennen will — gezeigt, daß von einer Schuld Deutschlands am Kriege nicht die Rede sein kann. Immer mehr Historiker wenden sich von der schmachvollen These ab, die dem deutschen Volk als Grundlage für das Friedensdiktat aufgezungen worden ist. Je mehr Licht auf die Vergangenheit fällt, um so mehr wird diese These als das entfällt werden, was sie in Wahrheit ist: Die große Plage von Versailles!

minister gerichtet, in dem er seine Dankbarkeit gegenüber der Königin Wilhelmine und dem holländischen Volk für die erwiesene Gastfreundschaft zum Ausdruck bringt.

Alle Parteien Südslawiens unter Polizeiaufsicht. In Belgrad wurden die Räume der Radikalen Partei, des Demokratischen Klubs, der Serbischen Landwirtpartei, der Republikanischen Partei, der Sozialistenpartei und der Frank. Partei von der Polizei durchsucht. Sämtliche Schriftstücke und Parteiliteratur wurden beschlagnahmt und das Vermögen der Parteien auf der Polizei hinterlegt. Auch in allen übrigen Städten wurden dieselben Maßnahmen gegen die örtlichen Parteiorganisationen durchgeführt. Die deutsche Partei in Südslawien ist gleichfalls aufgelöst worden.

Der englisch-russische Gegensatz in Afghanistan

Alarmnachrichten aus London.

Der „Daily Express“ veröffentlicht die aufsehenerregende Nachricht, daß an der Nordgrenze Afghanistans eine russische Armee zusammengezogen werde, an deren Spitze Trochitzki sei. Das Blatt erfährt „von afghanischer Seite“, daß Trochitzki seit einiger Zeit nicht mehr in seinem sibirischen Exil aufhalte, sondern mit einem Kommando an der afghanischen Grenze beauftragt worden sei, wo die Russen den Ablauf der Dinge in Afghanistan abwarten. Im Zusammenhang mit dieser Nachricht, die natürlich mit allem Vorbehalt aufgenommen werden muß, ist die erhöhte Aktivität der englischen Truppen an der indischen Nordwestgrenze interessant.

Die Nachrichten über die Lage in Afghanistan sind seit einigen Tagen überaus spärlich und unsicher geworden. Man nimmt hier jedoch an, daß der neue Emir Habib Ullah sich auf die Dauer nicht halten kann, und daß andererseits Aman Ullah, der in Kandahar mit wachsendem Erfolge Truppen aushebt, wieder größere Aussichten hat, an die Spitze des Landes zu treten.

Gewaltige Kundgebungen für Aman Ullah in Indien

II. Konstantinopel, 28. Jan. Wie aus Angora gemeldet wird, haben in Bombay gewaltige Kundgebungen für Aman Ullah stattgefunden. An diesen Kundgebungen haben sich sämtliche indischen Nationalisten und Vertreter der verschiedenen mohammedanischen Parteien beteiligt. Es wurde von den Versammelten ein Telegramm an Aman Ullah gesandt, in dem ihm die Anerkennung als König von Afghanistan ausgesprochen und Unterstützung zugesagt wird. Weiter wurde ein Telegramm an die englische Regierung gerichtet, in dem verlangt wird, daß die englische Regierung ihre Politik gegenüber Aman Ullah ändern und Habib Ullah die Unterstützung im Kampf gegen Aman Ullah versagen möge.

Aman Ullah dringt auf Kabul vor

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich nach den letzten Nachrichten aus Kabul die politische Lage in Afghanistan zugunsten Aman Ullahs stark geändert. Den Truppen Aman Ullahs ist es gelungen, zwei Führer der Regierungstruppen Habib Ullahs in die Gefangenschaft zu führen. Aman Ullah hat einen Aufruf an sämtliche Soldaten König Habib Ullahs gerichtet, in dem er ihnen für den Fall, daß sie gefangen sind, binnen dreier Tage die Waffen niederzuliegen, völlige Straffreiheit wegen Landesverrat zusichert. Ein Fliegergeschwader Aman Ullahs hat die Regierungstruppen erfolgreich angegriffen.

Wie aus Kabul gemeldet wird, hat der König Aman Ullah in Kandahar eine amtliche Erklärung den ausländischen diplomatischen Vertretern in Kabul übermittelt, in der er betont, daß sämtliche Abkommen, die mit Habib Ullah geschlossen wurden, von ihm nicht anerkannt würden. Er warne alle, Habib Ullah Geld zu leihen. Spätestens Ende der nächsten Woche werde Kabul wieder von seinen Truppen besetzt sein.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Kabul durch den Vormarsch von Truppen eines Aman Ullah ergebenen Stammes im Norden bedroht. Die Vorhut Habib Ullahs ist bereits geschlagen und habe große Verluste erlitten. Die englische Gesandtschaft bereite sich zur Räumung Kabuls vor. In Kabul herrsche große Unruhe, da man Ausschreitungen befürchte.

Wie Havas aus Peshawar meldet, soll Aman Ullah beschließen haben, den Thron nicht für sich selbst zurückzuerobern. Habib Ullah sei es gelungen, ein auskömmliches und Mitglieder des Stammes der Mohadjani, dem Aman Ullah angehöre, bestehendes Kabinett zu bilden. Der neue Ministerpräsident Rahmad Khan ist der Halbbruder des früheren Königs.

Die China-Politik Amerikas

Eine 400 Millionen-Anleihe Chinas in Amerika?

II. London, 28. Jan. Der Shanghaier Sonderkorrespondent des „Observer“ berichtet, daß sich gegenwärtig ein Vertreter der Harriman-Gruppe in Shanghai aufhält, der im Namen eines amerikanischen Konsortiums über die Gewährung einer Anleihe von 400 Millionen Mark an die chinesische Regierung verhandelt.

Ein anderer amerikanischer Plan geht dahin, in Amerika eine Anleihe für die Errichtung einer chinesischen Handelsmarine von 50—75 Dampfern aufzunehmen. Diese Schiffe sollen unter amerikanischer Führung rein chinesisches Personal haben.

Aus aller Welt

Eine abenteuerliche Fahrt

hat ein Reisender im Elsaß gemacht, der in Colmar im letzten Augenblick auf das hinterste Trittbrett des bereits fahrenden Schnellzuges nach Mühlhausen aufsprang. Die Türe ließ sich trotz aller Kraftanstrengung nicht öffnen und bemerkte wurde der Reisende auch nicht. So mußte er die ganze, eine Stunde lange Strecke auf dem vereisten Trittbrett aushalten und sich krampfhaft anklammern, um nicht herabgeschleudert zu werden. Erst der Stationsbeamte von Luttenbach unmittelbar vor Mühlhausen bemerkte den Mann und rief die Station Dornach-Mühlhausen an, wo der Zug angehalten und der Reisende aus seiner gefährlichen Lage befreit werden konnte.

Neuer Millionenbetrug in Paris.

Die französische Öffentlichkeit wird durch die Aufdeckung eines neuen Krachs, bei dem Summen von rund 80 Millionen in Frage kommen, in Aufregung versetzt. Es handelt sich diesmal um eine Gesellschaft, die „Societe Ferriere de Sucrierie“ in Paris, die auf Naturalleistungen von bedeutender Menge von Zucker aus Deutschland geliefert erhielt und es dann verstand, durch ihre Verträge mit dem französischen Staat um große Summen zu schädigen. Der von Deutschland gelieferte Zucker ist an englische Kaufleute und englische Zuckergesellschaften weiter veräußert worden. Die dem Staat geschuldeten Beträge von zunächst 9 Millionen und dann 33 Millionen Franken konnten nicht geleistet werden.

Der neue 80 Millionen Franken-Betrug hat in der französischen Öffentlichkeit umso größeres Aufsehen erregt, als es sich bei der Hauptperson um den früheren Universitätsprofessor Polier handelt. Der Rechtsbeistand Poliers behauptet, daß der frühere Nationalökonom Polier nicht ein Schuldiger, sondern ein Opfer sei, das nur einige Dummheiten begangen habe. Polier habe eine Klage gegen die Londoner Firma Fery eingereicht, die ihm 25 Millionen Franken schulde, ebenso eine weitere Klage gegen den in Zuckergeschäften bekannten Russen Babuidin, der ihm ebenfalls 3 Millionen schulde. Zu Ungunsten Poliers spricht allerdings, daß er in den bekannten Nachtlokalen auf dem Montmartre eine oft gesehene Persönlichkeit war und dort große Summen ausgab. Die Selbsternstung allein soll ihn 4000 Mark (11) gekostet haben.

Schweres Unglück in China.

Auf der Peking-Tientsin-Bahn stießen infolge fallender Weichenstellung zwei Züge zusammen. 11 Personen wurden getötet und 20 schwer verletzt.

Keine Mieterhöhung in Aussicht genommen

II. Berlin, 28. Jan. Gegenüber den immer wieder auftauchenden Gerüchten über eine bevorstehende Mieterhöhung stellt der Reichsarbeitsminister in einem Rundschreiben an die Landesregierungen fest, daß eine Erhöhung der gesetzlichen Miete von der Reichsregierung nicht in Aussicht genommen sei.

Befragungszwischenfall in Saarbrücken

II. Saarbrücken, 28. Jan. Das hier stationierte Bahnschutzkommando hat Anlaß zu einem neuen Befragungszwischenfall gegeben, dessen Urheber 2 französische Soldaten waren. In der Nacht zum Samstag durchstreiften zwei französische Soldaten in angetrunkenem Zustand die Reichsstraße, rempelten mehrere Straßenpassanten an, und versuchten einen ruhig seines Weges kommenden Zivilisten in den Arm einzufassen. Dieser verbat sich mit Recht die Belästigung, erhielt jedoch von einem der Soldaten einen Schlag ins Gesicht. Sofort sammelten sich weitere Zivilisten an, worauf der Soldat eine Pistole zog und die Umstehenden bedrohte. Eine Polizeipatrouille war zur Stelle. Aber auch diese suchte der Franzose mit seiner Waffe einzuschüchtern. Dem Führer der Polizeistreife gelang es, den Wütenden zu beruhigen und somit einen schweren Zusammenstoß zu verhüten, denn die an einer Autohaltestelle versammelten Taxifahrer hatten bereits ihre Autofahrer und andere Schlagwerkzeuge zur Verteidigung zurechtgelegt, so daß ein Zusammenstoß zweifellos nicht ohne Blutvergießen abgegangen wäre.

Kleine politische Nachrichten

Dankschreiben des ehem. Kaisers an die Niederlande. Der ehemalige deutsche Kaiser hat anlässlich seines 70. Geburtstagseiner Schreibung an den niederländischen Innen-

Aus Stadt und Land

Calw, den 29. Januar 1929

Vom Rathaus Bad Liebenzell.

In die Amtsversammlung hat die Stadtgemeinde für 1929 und 1930 je einen, für 1931 zwei Abgeordnete zu wählen. Als ordentliche Mitglieder werden gewählt Stadtschultheiß **Mäulen** und Gemeinderat **Defler**, als Stellvertreter Gemeinderat **Sauter**. — Der Kurausschuß hat in einer längeren Sitzung den Voranschlag der Kurverwaltung für das Jahr 1929 beraten und sich über die Maßnahmen unterhalten, die getroffen werden müssen, um die Entwicklung unseres Bades in der kommenden Saison weiter zu fördern. Eine zielbewußte Reklame soll auch heuer wieder die Vorzüge Bad Liebenzells bekanntmachen, während die Leistungen der Kurverwaltung die Gäste in jeder Weise zufriedenzustellen versuchen werden. Neben den täglichen Kurkonzerten sind allerlei Veranstaltungen, wie Militärkonzerte, Beleuchtungen und Theateraufführungen vorgesehen. Die Leitung der Kurkapelle soll dem Musikdirektor **André aus Forzheim**, der sich schon einige Jahre bewährt hat, übertragen werden. Das Flussbad an der Nagold, dessen Zustand im vergangenen Sommer den Bedürfnissen nicht genügt hatte, soll durch Aufstellung einiger Kabinen verbessert werden. — Die Württ. Gesellschaft zur Erforschung des Grenzgebietes zwischen Heil- und Wetterkunde ersucht die Kurverwaltung, ihre Bestrebungen durch Beitritt zu diesem Verein zu unterstützen und hier eine Station für Wetterbeobachtungen einzurichten. Der Kurausschuß hält die Bearbeitung dieses Gebietes im Interesse der Weiterentwicklung des Bades für sehr wichtig und bittet die Gesellschaft um weitere Vorschläge über die Errichtung einer derartigen Station. Der Gemeinderat ist mit den Vorschlägen des Kurausschusses einverstanden und sagt ihm volle Unterstützung seiner Bestrebungen zu. Hieraus wird der Voranschlag ohne Abänderung genehmigt. — Das Finanzamt Hirsau legt der Gemeinde nahe, die hiesige Steuer-einzugsstelle für das Finanzamt aufzuheben, da sie nicht genügend benützt werde. Der Gemeinderat kann sich jedoch nicht dazu verstehen, diese für die Einwohnerschaft bequeme Einrichtung aufzugeben. Er beschließt, an die Einwohnerschaft den Appell zu richten, alle ihre Zahlungen an die hiesige Steuerstelle zu leisten, damit sie künftig besser genützt wird. — Der Vorsitzende regt die Einrichtung einer Unfallmeldestelle an, da hiesig in der großen Gemeinde ein Bedürfnis bestehe. Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung. — Der Stadtvorstand hat eine ortspolizeiliche Vorschrift über das Anschlagen von Plakaten und das Aufstellen von Reklametafeln erlassen, zu der der Gemeinderat seine Zustimmung gibt. Darnach ist das Anschlagen und Ankleben von Plakaten nur an den städtischen Plakattafeln nach vorher erteilter Erlaubnis gestattet. Das Aufstellen und Anbringen von Reklametafeln ist dem Eigentümer eines Grundstückes in bezug auf die darin betriebenen Gewerbe gestattet, sonst aber um eine Verschandelung des Stadt- und Landschaftsbildes zu verhindern, innerhalb und außerhalb der Stadt verboten.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Über Mitteleuropa liegt jetzt schwacher Hochdruck. Für Mittwoch und Donnerstag ist trockenes und frostiges Wetter zu erwarten.

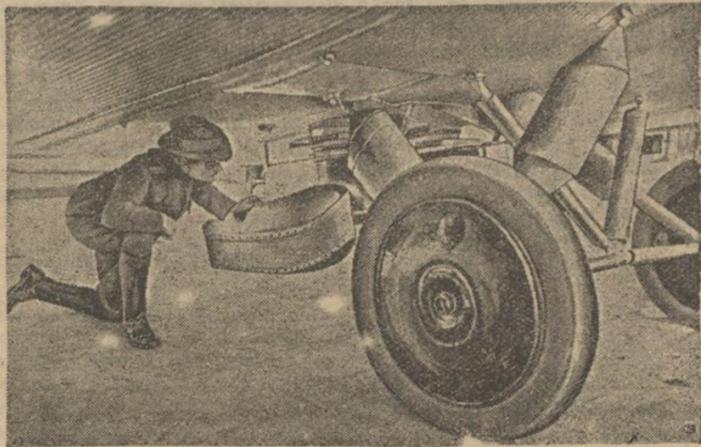
EW. Altensteig **DA. Nagold**, 28. Jan. Der berühmte Chefkonstrukteur des Luftschiffbaus **Zeppelin**, **Dr. Dürr** aus Friedrichshafen, weilt gegenwärtig hier bei seinem Schwiegervater, Bezirksnotar **Beck**, zu Besuch. Die pietätvolle Stadtkapelle ließ es sich nicht nehmen, **Dr. Dürr** durch ein

wohlgelungenes Ständchen zu ehren, zu dem sich rasch eine große Menge von Verehrern einfindet.

Simmersfeld, 28. Jan. Unter außerordentlich großer Beteiligung von hier und auswärts fand am heutigen Sonntag die Beerdigung unseres Altschultheißen **Friedrich Kern** statt, der im 86. Lebensjahr nach nur ganz kurzer Krankheit als ältestes Glied unserer Gemeinde gestorben ist. Auch der Kriegerverein gab seinem Ehrenmitglied sehr zahlreich das Geleite zur letzten Ruhestätte. Der Ortsgeistliche, **Pfarrer Nehm**, sprach in eindrucksvollen Worten am Grabe und Schultheiß **Neßger** hielt seinem Amtsvorgänger, der bis zum Jahre 1913 sein Amt mit viel Klugheit, Energie und Freundlichkeit führte und der auch fast

40 Jahre die Waldmeisterstelle der Gemeinde versah, einen ebenso markanten, als ehrenvollen Nachruf, in welchem er den Dank der Gemeinde und die Verehrung für seinen verstorbenen Kollegen zum Ausdruck brachte.

Wilbhad, 28. Jan. Infolge des Ausbaues der Realschule zu einer sechsklassigen Anstalt, der Errichtung weiterer Lehrstellen an der evang. Volksschule und an der Frauenarbeitschule sind die Schulräume in der **Wilhelmschule** nicht mehr ausreichend. Es soll daher das alte Volksschulgebäude für die Zwecke der Realschule und der Gewerbeschule umgebaut werden. Die Kosten des Umbaues belaufen sich nach dem vorläufigen Voranschlag auf 35 000 Mk., ohne Dachaufbau, mit folchem auf 50 000 Mk.



„Grüne Woche“ in Berlin.

Die diesjährige „Grüne Woche“ der Landwirtschaft in Berlin ist besonders reichhaltig ausgestattet worden. Sie kann wohl als die größte Schau der Welt angesehen werden. Unsere Aufnahme zeigt, wie durch Flugzeuge die Bekämpfung der Schädlinge in Wald und Feld vorgenommen werden kann. Ein Jäger besichtigt die Streuvorrichtungen, die unterhalb der Flugzeuge angebracht sind. Die Flugzeuge überfliegen die von Schädlingen besonders heimgesuchten Gegenden und entleeren Gase und Streupulver, wodurch die Schädlinge vernichtet werden.

EW. Stuttgart, 28. Jan. Ueber die Vorgeschichte des Revolveranschlags gegen Professor **Dr. Baisch** berichtet ein hiesiges Blatt: **Berger** hatte in der Inflationszeit hier ein Bankgeschäft, bei dessen Führung es zu Unregelmäßigkeiten kam, die ihn ins Gefängnis führten. Der Umstand, daß er mit normalen Ansprüchen dem Vergütungsbedürfnis seiner Frau nicht gerecht werden konnte, soll nicht ganz unschuldig daran gewesen sein. Diese Frau war Patientin von Prof. **Baisch**, der jedoch auch in nähere Beziehungen zu ihr getreten war und für ihren Unterhalt sorgte. Er hat dem **Berger** dann auch wieder zu einer Stellung verholfen; aber **Berger** beging erneut Unregelmäßigkeiten und machte auch Schulden auf **Baischs** Namen, so daß dieser jetzt seine Beziehungen zu Frau **Berger** abbrechen wollte. Das nahm diese so schwer, daß sie sich vergiftete. Dieser Vorgang liegt etwa anderthalb Jahre zurück. **Berger** mußte wegen der Betrügereien ins Gefängnis gehen und hat jetzt durch den Attentatsverfuch auf **Baisch** bewirkt, daß die Vorgeschichte wieder lebhaft erörtert wird.

EW. Stuttgart, 28. Jan. Auf der Schlittenbahn **Waldbau** fuhr am 26. Januar nachmittags ein 36 Jahre alter Mann mit seinem Schlitten gegen die am Ende der Bahn befindliche Bretterwand. Er erlitt einen Unterschenkelbruch und wurde nach dem **Marienhospital** übergeführt. — Beim Skifahren kam ein 19 Jahre alter Kaufmann bei der **Bismarckhöhe** zu Fall, erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte in das

Katharinenhospital gebracht werden. — Auf der Schlittenbahn **Doggenburg** zog sich ein 14 Jahre alter Schüler einen Bruch des linken Unterschenkels zu. — Beim Schlittschuhlaufen auf der **Eisbahn Feuerbacherheide** stürzte ein 24 Jahre alter Mann. Mit einem linksseitigen Unterschenkelbruch mußte er in die **Olgahospital** übergeführt werden.

EW. Badnang, 28. Jan. Samstag Nacht wurde **Flaschnermeister Robert Klotz** in grundloser Weise vor seiner Wohnung in der **Unteren Bahnhofstraße** mit dem **Rasiermesser** von einem Mann namens **Kurt Schaaß** ziemlich schwer verletzt. Dieser Tat ging eine ganz harmlose Auseinandersetzung voraus, während der Täter von der anderen Straßenseite herüberkam, sein Rasiermesser zog und **Klotz**, der das Haus öffnen wollte, durch die Federjacke einen Schnitt am Arm, sowie eine schwere Verletzung im Gesicht beibrachte, wobei Nase und Backe scharf durchschnitten wurden. Der Mißhandelte wurde sofort ins Krankenhaus verbracht und vom Arzt genäht.

EW. Vom Bodensee, 28. Jan. Der **Snadensee** ist total überfrohren. Die **Reichenauer** ziehen von **Allensbach** auf Schlitten ihr **Sterholz** herüber. Mit **Ros** und **Wagen** wird gefahren. Die **Fußgänger** wandern hin und her, gar nicht daran denkend, daß 25—30 Meter tiefes Wasser unter ihren Füßen ist. Manche marschieren „zum Andenken“ über den See. Durch diese **Eisstraße** hat sich sogar der **Handwerksverkehr** gesteigert.

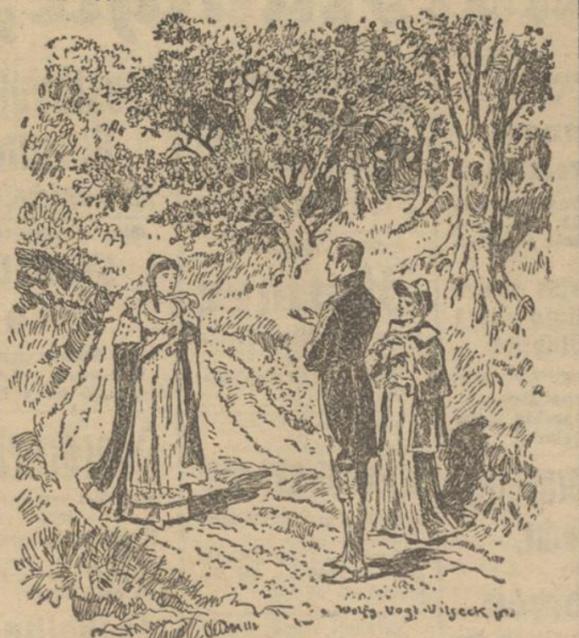


UNVERBRECHT/SCHUTZ DURCH O/KAR MEISTER, IN WERDAU (JA) (7. Fortsetzung.)

„Ist das eine Art, steh Sie auf.“
„Wir sind unter die Räuber gefallen — sie haben die Koffer, die Risten, die Taschen gestohlen — den ganzen Trouseau meines Fräuleins: Die Kleidchen, die Schutten, die Röschchen, die Chemischen! Ah, Monsieur, die feinen Spitzen an den Pantalons —“
„Pantalons? — Hofen heißt es zu deutsch, ich kann das Kauderwelsch nicht leiden. Wie heißt Ihre Herrin?“
„Baronesse **Florentine de Cuorgi**!“
„Französin?“
„Nein — das heißt —“
„Was heißt? Das weiß Sie doch.“
„In dem hessischen Land weiß man nicht aus und ein. Wenn es auch deutsch ist, dort parliert alles, Monsieur. Wir kommen gerade von der Burg des Großvaters. Er heißt **Freiherr von Restorf** und die Burg —“
„**Dietrichstein**!“
„Die Jungfer sah ihn verblüfft an.“
„Und Sie heißt?“
„**Bärbchen**, Euer Gnaden,“ erwiderte das zierliche Pärchen.
„Und da reist man so ohne Schutz in dem unruhigen Land herum?“
„Ohne Schutz! — Erlauben, Monsieur, ich bin der Schutz!“
„Daß ich nicht lache!“
„Der Postillon war doch auch dabei.“
„Hm! — Wo ist denn der Wagen überfallen worden?“
„Am Fluß.“
„Am Fluß, Monsieur,“ erlang es energisch zum andern Male.
„Sollte unser kleines Flüßchen —“
„Kleines Flüßchen! Ein Strom ist es mit ganz tiefem Wasser. Das schäumt und braust, mein Fräulein wollte nicht um die Welt mit der Chaise hindurchfahren. Unser Postillon fluchte und schalt, aber was half es ihm. Wenn mein Fräulein mal was nicht will, könnte der König **Jerome** selber kommen und wieder einen Fußfall tun. Es wäre vergebens.“
„König **Jerome**? War das Fräulein in **Cassel** bei Hof?“
„Natürlich, da wir doch Dienst hatten.“

„Wir!“ betonte Ulrich verächtlich.

„Der Herr Baron sind doch Kammerherr, und wir sind doch wieder auf dem Weg dorthin. König **Jerome** hat befohlen.“
„Ach so, da ist das Fräulein wohl sehr schön? Aber Courage hat sie nicht im Leib, was?“
„Im Leib! Wie despektierlich, Monsieur, von dem Fräulein so zu sprechen.“
„Schimpf Sie nicht.“



„Wie Monsieur befehlen. So ritten wir dann mit den Pferden durch den Strom. Fräulein und ich auf dem einen und der Postillon auf dem andern. Der Wagen blieb an dem andern Ufer stehen.“
„Da hattet ihr es den Kerlen ja leicht gemacht.“
„Wer denkt denn an Räuber! Wir hatten so viel mit dem Wasser zu tun und mit den Pferden, die das Wasser scheuten, daß wir uns nicht um die Chaise kümmerten. Raun waren wir armen, setzen wir uns hin, und da hatten die

Kerls all unser Gepäc auf ihren Wagen geladen und jagten davon.“

„Ist der Postillon hinter her?“
„Ja und ein Holznecht, der zum Glück gerade dazu kam und auf unser Pferd kletterte. Dann ging es los.“
„Doch wo hat Sie ihr Baroneßchen gelassen?“
„Die sitzt hier ganz in der Nähe mit dem Handgepäck, was wir auf dem Pferd mitgenommen hatten. Sie fürchtete sich so sehr in dem großen, großen Wald allein, aber sie konnte doch nicht mehr weiter in dem Sumpf mit ihren feinen Schuhen.“
„Sumpf!“ schrie Ulrich aufspringend, denn er dachte voller Entsetzen an das nahe Moor. „Sie ist doch im Wald, hat Sie gesagt.“

„Es schwimmt doch im Walde alles. Was war das für ein Wetter! Mon dieu, quel malheur!“
„Sprech Sie doch deutsch zum Ruckuck noch mal. Nun holen wir das Fräulein hierher und das übrige Gepäc. Hätte längst geschehen müssen. Aber so was schwagt und schwagt!“
„Dort kommt das Fräulein und schleppt sich mit der schweren Bache.“ **Bärbchen** stürzte auf ihr Fräulein zu. „Fräulein, ach Fräulein!“
„Hol Sie das andere auch her, mein gutes Bärbchen. Mon dieu, welch ein Weg! Das Wasser läuft mir in die Schuhe. Und rings kein Mensch — kein Haus!“
Die Jungfer zeigte verstohlen und leise lichernd auf Ulrich, der sich abwartend im Hintergrunde hielt. „Dort ist ein Kavaller, Baronesse, der wird Ihnen schon gefallen. Ich lauf und hol das Gepäc.“

Langsam kam **Florentine** den Weg entlang auf Ulrich zu. Es war ihm zumute wie in einem Märchen. Das Glück kam auf ihn zugeschritten. Hoch und schlanke die Glieder, den ganzen Kopf voll goldenen Gelpinstes und Augen sahen ihn an — Augen, braun wie ein Reh!

„Monsieur!“
„Mein Fräulein!“
„Ist ein Haus in der Nähe, Monsieur, eine Herberge, wo wir warten können bis das Gepäc diesen Räubern abgejagt ist?“

„Wenn Sie vorlieb nehmen wollen mit einer alten Burg, einem alten Burgherrn und einem simplen Doktor?“
„Und die Hausfrau?“
„Ist auch vorhanden, eine echte Herbergsmutter. Die wird dem Fräulein schon gefallen. Ich eile zur Burg, eine Sänfte zu senden. Die armen zarten Füßchen dürfen sich nicht weiter plagen. Wenn Sie derweil auf diesen Baumstamm Platz nehmen wollen.“ Ulrich warf seinen dicken Regenmantel auf das Holz. „So, ich gehe, alles für Ihre Ankunft vorzubereiten.“ (Fortsetzung folgt.)

Aus den Parteien

Reichsparteitag der Wirtschaftspartei.

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes trat im preussischen Landtag zu ihrem zehnten ordentlichen Parteitag zusammen.

Im Rahmen des Gesamtthemas „Die Stellung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes zur Staatswirtschaft und Kultur“ sprach Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Bredt über „Außenpolitik und Kulturpolitik“. Er führte u. a. aus, daß die Partei bei den kommenden Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes in erster Linie die Aufrechterhaltung des Transferschubes und die Durchführung der Lasten auf ein tragbares Maß verlange. In der Frage des Konfords lehne die Partei allen konfessionellen Zwang ab und verlange völlige Gleichstellung der beiden großen christlichen Kirchen. Sodann behandelte Vorsitzender Dreiwitz die Haltung der Wirtschaftspartei zur Finanzpolitik. Er wandte sich scharf gegen die neuen Steuerpläne des Reichsfinanzministers und bezweifelte, daß die notwendige Mehrheit für diese Steuern sich finden werde. Die Regierung sollte das Steuervereinfachungsgesetz zurückziehen und statt dessen schleunigst den endgültigen Finanzausgleich vorlegen, bei dem den Ländern und Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer gegeben werden müsse. Nur auf diesem Wege sei ein Abbau der viel zu hohen Realsteuern möglich und werde auch die verschwenberische Ausgabenpolitik der Länder und Gemeinden eingeschränkt werden.

Württ. Landtag

Der Bauernbund hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. darauf hinzuwirken, daß die auf 31. Dezember 1928 fällige zweite Rate der im Jahr 1926 den Hochwasser und Unwettergeschädigten gewährten Notkreditsdarlehen gekündigt und bei der Festlegung der Rückzahlungsformeln auf den Notstand der Darlehensnehmer Rücksicht genommen wird; 2. die Bereitwilligkeit zu erklären, vom 1. Januar 1929 ab für die bereits gekündete erste Rate, die weiter zu künden wäre, wie auch für die auf 31. Dezember 1928 fällige und zu kündende zweite Rate: „an die Mittel zur Rückzahlung in der in Kapitel 20 Titel 9 des Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsgesetz vom 1926 und 1927 und den Erläuterungen dazu beschlossenen Weise bereit zu stellen; 3. durch einen Nachtrag zum Staatshaushaltspol für 1929 die für das 1. Halbjahr 1929 erforderlichen Mittel vom Landtag anzufordern und im Staatshaushaltspol für 1929 die zu demselben Zweck erforderlichen Beträge einzustellen.

Aus Württemberg

Die Bohrungen im Gochtal

Der Abg. Dr. Päder (W.) schreibt uns u. a.: Vorige Woche haben Abgeordnete des Bauernbundes wegen der Bohrungen der Stadt Stuttgart im Gochtal eine kleine Anfrage an die württ. Staatsregierung gerichtet. Als bald kam eine Antwort, zwar nicht von der Staatsregierung, aber von dem Stadtschultheißenamt Stuttgart, das in einer Zuschrift an das württ. Staatsministerium sich gegen die in der Anfrage geäußerten Angriffe zur Wehr setzte, und das auch seinerseits dafür sorgte, daß seine Erwiderung in den Zeitungen veröffentlicht wurde. Die Antwort des württ. Staatsministeriums steht also noch aus. Solange sie noch nicht vorliegt, werden die Angriffe zur Sache selber, trotz der „unfreundlichen Beurteilung“ sich nicht mehr äußern. Sie können warten, bis die Regierung antwortet. Im übrigen hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung frei zu äußern. Dieses Recht nehmen auch die Abgeordneten für sich in Anspruch. Sie vor allem haben das Recht und die Pflicht, auf die Ausfertigung von Mißständen, Unstimmigkeiten oder Unregelmäßigkeiten zu dringen, sobald und wo auch immer ihnen solche Unstimmigkeiten usw. mitgeteilt werden. Dieses Recht und diese Pflicht können sie sich durch keinerlei Rücksichtnahme verkümmern lassen.

Die geplante Wasserableitung aus dem Gochtal nach Stuttgart hat, wie eine in Pforzheim gefasste Entscheidung besagt, neben wirtschaftlichen Schädigungen auch schwere gesundheitliche Rückwirkungen, besonders für die Bewohner des unteren und mittleren Engtals. Die Abwässer der Stadt Pforzheim, in der täglich rund 18 000 auswärtige Arbeiter beschäftigt sind und die mit der ortsanwesenden Bevölkerung der unmittelbar mit ihr zusammenhängenden Nachbarorte rund 110 000 Köpfe umfaßt, können mit der bei Wasserflemme bis auf 8 Sekunden sublimeter sinkenden Engwasseremenge — also nur der halben Menge, als sie für Stuttgart zur Verfügung steht — unmöglich bei Ableitung weiterer Wassermassen einigermassen normal abgeführt werden. Wenn der untere Englauf in noch viel stärkerem Maße als der Rest zwischen Hofen u. Marbach sich für den größeren Teil des Jahres in einen abfließenden Graben verwandeln soll, der ein Freibad gänzlich unmöglich macht, dann darf dem ganzen Engtales auch nicht ein Liter Wasser entzogen werden. Für die Engländer ist diese Frage eine Lebens- und Existenzfrage, — für die Stadt Stuttgart, der noch eine Reihe anderer Möglichkeiten zur Verfügung stehen, lediglich eine Geldfrage; um so mehr, als auch das dem Moorgebiet des

oberen Eng- und Gochtales entstammende Wasser gesundheitlich keineswegs einwandfrei ist und in jeder Hinsicht hinter dem Fluß- und Donauwasser zurücksteht.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,98
100 franz. Franken	16,47
100 schweiz. Franken	81,04

Börsenberichte.

Bei sehr geringen Umsätzen gab es an der Börse heute Ausrückgänge.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Berliner Produktenbörse vom 28. Januar.

Weizen märk. 213-215, Roggen märk. 203-210; Braugerste 184-184; Hafer märk. 202-208; Mais waggongfrei ab Hamburg 293-299; Weizenmehl 26,25-29,75; Roggenmehl 27,75-29,75; Weizenkleie 13; Weizenmelasse 15; Roggenkleie 14,70; Viktoriaerbsen 40-46, II. Spelteeerbsen 30-35; Futtererbsen 21-23; Fettschinken 22-24; Ackerbohnen 21-23; Bohnen 26-28; Lupinen blaue 15,80-16,50; dto. gelbe 18,25-18,75; Seradella neue 40-44; Rapsschinken 19,90-20,30; Feinkschinken 25-26,20; Trockenschinken 13,20-13,60; Sogaßschrot 22,70-23; Kartoffelflocken 18,80-19,20; Speisefartoffeln weiße 2,54 bis 2,70; dto. rote 2,70-2,90; dto. gelbfl. 2,80-3,10 A. Allgemeine Tendenz, befestigt.

Landesproduktenbörse.

EGD. Stuttgart, 28. Jan. Die amerikanischen Terminnotierungen und dementsprechend auch die Offerten waren in abgelaufener Woche wiederum höher; auch Futandgetreide war teurer. Das Geschäft war weniger lebhaft als in den Vorwochen und beobachtet die Käufer gegenüber den höheren Forderungen noch Zurückhaltung. Es notierten je 100 Kg.: Auslandsweizen 27-28,50 (am 21. Januar 23,50 bis 28,50), Württ. Weizen 23,50-24 (23,25-23,50), Sommergerste 21,25-23,25 (unv.), Roggen 22,50-23,25 (unv.), Hafer 21,75-22,75 (21,50-22,50), Weizen 10-11 (unv.), Kleben 11-12 (unv.), drahtgepresstes Stroh 5-6 (unv.), Weizenmehl 35,75-36,25 (35-35,50), Brotmehl 27,75-28,25 (27 bis 27,50), Kleie 13,50-14 (13,25-13,50).

Ausweis über die monatlichen Ausgaben und Einnahmen des Land. B.

In den Monaten April bis Dezember 1928 betrug gegenüber dem Voranschlag im ordentlichen Haushalt die Mehrausgabe 279 000 RM., im außerordentlichen Haushalt die Mehreinnahme 6 379 000 RM.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Gemeinde Holzbronn.
Eichen- und Nadelholz-
Stangen-Verkauf.

Am Freitag, den 1. Februar ds. Js.,
kommen aus Gemeindevorstand Hardt und Bahn an
Ort und Stelle zum Verkauf:
10 Stück Eichen mit 6,46 Festm.
3 Stück Rothbuchen mit 1,49 Festm.
1 Stück Birke mit 0,21 Festm.
Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.
Ferner kommen nachmittags 1 Uhr aus Gemeindevorstand Buchberg zum Verkauf:
161 Stück Baustrangen I.-III. Kl.
175 Stück Hagstrangen II. Kl.
153 Stück Hopfenstrangen I. u. II. Kl.
Liebhhaber sind eingeladen.
Gemeinderat.

Althengstett.

Schafweide-Verpachtung
Am Dienstag, d. 5. Febr. 1929, nachm. 1 Uhr,
wird die Gemeindefschafweide für das Jahr 1929 auf
dem Rathaus verpachtet. Die Weide darf mit 200 Stück
besahren werden.
Gemeinderat.

Vom 25. Januar bis 9. Februar
gewähre ich auf sämtl. Waren

10 Proz. Rabatt
Verkauf nur gegen bar
N. Metzler, Lederstraße 177.

Atelier für Fußpflege
Schmerzlose Entfernung von Hühneraugen
Hornhaut und eingewachsenen Nägeln
Behandlung in und außer dem Hause
Erwin Kohler, Friseurgeschäft.

Großer Winter-Ausverkauf 50%

mit Preisermäßigungen teilweise bis zu

Sämtl. Wintermäntel für Herren, Burschen u. Knaben mit 20%
Rabatt

Auf alle nicht herabgesetzten Waren wird während des
Ausverkaufs bei Käufen von 5 Mk. ab ein Rabatt von 10%
gewährt. Verkauf nur gegen bar.

Paul Räuchle, am Markt, Calw

Stammheim.
Im Wege der
Zwangsvollstreckung
versteigert am Donner-
stag, den 31. ds. Mts.
vorm. 8 1/2 Uhr gegen bare
Bezahlung:
1 bereits neuen
Plüschsofa und 1
tann. Nähtisch.
Zusammenkunft b. Rathaus
Gerichtsvollzieher
beim Amtsgericht Calw
Ohngemach.

**Lehr-Mädchen
gesucht.**
Intelligentes
Mädchen
aus achtbarer Familie, das
an Ostern mit guten Zeug-
nissen aus der Schule ent-
lassen wird, kann zur gründ-
lichen Ausbildung als Bes-
kännerin in meiner Weg-
gerei in die Lehre eintreten.
Karl Souvenai
Regenmeister
Pforzheim
Vielstr. 74
Tel. 1827.

Täglich frische
Zafelbutter!
Fr. Lamparter
Schönes, mädleres
Zimmer
sodort oder später zu ver-
mieten.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Mädleres
Zimmer
gesucht von berufstätigem
Fräulein
Angeb. mit Preisangabe
unter P. 100 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe 1 hochträgliche
Kalbin
taufche auch gegen ein
junges
Rind
M. Grohans
Vad Teinach.

**Frostheulen-
Balsam**
Alte Apotheke, Calw.

Eine gebrauchte
**Hobel-
bank**
zu kaufen gesucht
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Haararbeiten
jeder Art und Preislage
fertig
Freie Obermatt.

Suche eine gebrauchte
nach guterhaltene
Hobelbank
zu kaufen.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

**Brennessel- und
Birkenhaarwasser**
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.50 bei
R. Otto Bincon, Calw.

Die schönsten Mäntel
zu billigsten Preisen
bei
KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Sonnenhardt, den 28. Januar 1929.
Todes-Anzeige.



Unsere gute Mutter, Großmutter, U-
großmutter und Schwiegermutter
Katharina Mast
geb. Mönch
ist heute früh im Alter von 83 Jahren von
ihrem schweren Leiden erlöst worden.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Mittwoch, den 30. Januar,
nachmittags 2 Uhr.